



Pfäffikon, 12. Dezember 2022

## **Budget 2023: SP setzt sich für höhere Prämienverbilligungen ein**

***Am Mittwoch behandelt der Kantonsrat das Budget 2023 und den Finanzplan 2023–2026. Die SP wird sich im Rahmen der Budgetdebatte für höhere Prämienverbilligungen und einen höheren Teuerungsausgleich einsetzen.***

### **Höherer Teuerungsausgleich und höhere Prämienverbilligungen**

Die SP-Fraktion ist mit dem Finanzplan 2023–2026 und Budget 2023 massiv unzufrieden. Die momentane Teuerung gefährdet die Kaufkraft breiter Teile des Mittelstandes. Dagegen wird im Finanzplan nichts unternommen. Noch schlimmer: Der Regierungsrat hat letzte Woche sogar beschlossen, bei den Staatsangestellten die Löhne nicht der Teuerung anzupassen – das heisst es findet eine Reallohnsenkung statt.

«Dass der Regierungsrat eine Reallohnsenkung beschliesst, obwohl die Finanzlage des Kantons Schwyz ausgezeichnet ist, ist unglaublich», meint SP-Kantonsrat und Mitglied der Staatswirtschaftskommission Elias Studer (Oberarth), «die Verwaltungsangestellten werden mit immer mehr Kürzungen in Burnouts und die Kündigung getrieben und dann beklagt man sich über den Fachkräftemangel – wann merkt die Regierung endlich, dass es so nicht weitergehen kann?» Schliesslich ist es auch ein falsches Signal an die Privatwirtschaft, wenn die Teuerung beim Staat nicht voll ausgeglichen wird.

Mit unterschiedlichen Anträgen wird die SP-Fraktion dem Kaufkraftverlust entgegenwirken. «Wir beantragen, dass 22 Millionen Franken mehr für die Prämienverbilligung eingestellt werden, um auch die Kaufkraft des Mittelstandes zu stützen», so SP-Kantonsrätin und Mitglied der Kommission für Gesundheit und Soziale Sicherheit Aurelia Imlig-Auf der Maur (Ibach). Zudem wird die SP-Fraktion beantragen, die Teuerung voll auszugleichen und das strategische Ziel bezüglich Steuerungleichheit zwischen den Gemeinden zu verschärfen. «Durch eine Reduktion der Steuerungleichheit zwischen den Gemeinden werden Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen entlastet», so Studer.

Sollten die Anträge der SP-Fraktion in Bezug auf das Budget 2023 beim Kantonsrat kein Gehör finden, wird die SP das Budget 2023 und den Finanzplan 2023–2026 ablehnen müssen.

### **Höhere Beiträge bei der Entschädigung für den Denkmalschutz**

Die SP-Fraktion unterstützt die Motion «Höhere Entschädigung für Denkmalschutz» einstimmig. Die finanzielle Entschädigung für den Denkmalschutz soll zukünftig durch die Staatskasse mitgetragen werden. Dadurch soll bald kein oder nur noch wenig Geld aus dem Lotteriefonds in diesen Bereich fliessen und die Finanzierung soll über den ordentlichen

Staatshaushalt abgewickelt werden. «Das ist der richtige Schritt», teilt SP-Kantonsrat und Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission Jonathan Prelicz (Goldau) mit. «Es führt dazu, dass in Zukunft für die Entwicklungshilfe, den Sport und die Kultur mehr Lotteriefondsgelder zur Verfügung stehen.»

### **Notfallabgabe muss neu geregelt werden.**

Mit der Teilrevision des Gesundheitsgesetzes betreffend die Anpassung der Ersatzabgabe im Notfalldienst wurden die Kernpunkte des entsprechenden Postulats von SP-Kantonsrat Antoine Chaix (Einsiedeln) umgesetzt. Dabei wird eine flexible Lösung vorgeschlagen, mit der auf mögliche Veränderungen in der medizinischen Grundversorgung im Kanton einfach reagiert werden kann. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion die Vorlage ohne Änderungsvorschläge annehmen.

### **Ja zum Konkordat betreffend die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung**

Die interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen ist eine gut austarierte Lösung, wie die komplexe, sehr unterschiedliche finanzielle Belastung der Kantone durch die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten an den Spitälern abgegolten wird. Kantone ohne Zentrumsspitäler wie der Kanton Schwyz beteiligen sich solidarisch an die hohen Kosten dieses wichtigen Abschnitts in der Arztausbildung. Der Verteilschlüssel ist absolut transparent und widerspiegelt die anfallenden Kosten und deren Aufteilung sehr gut. Dass der Kanton Schwyz in Zukunft deutlich mehr zahlen muss, ist nur darauf zurückzuführen, dass er sich bisher dieser Aufgabe entzogen hat, so dass eine Kurskorrektur nun überfällig ist. Dies erfolgt nun mit dem Beitritt zur Vereinbarung zu der schon die grosse Mehrheit der Schweizer Kantone gehören.

### **Careleaver:innen: SP fordert Schaffung einer kantonale Beratungsstelle**

Der Kanton delegiert die Verantwortung für die ausserfamiliär platzierten Jugendlichen an die Gemeinden. Je nachdem wie diese finanziell und personell aufgestellt sind, stellen sie keine niedrigschwellige Unterstützung zur Verfügung. Das Netzwerk Familie handelt nur im Auftrag der Gemeinden und wenn die zuständigen Sozialarbeiter:innen dies für nötig halten. Es bräuchte eine kantonale Beratungsstelle, wie dies in den umliegenden Kantonen angeboten wird. Die jungen Erwachsenen benötigen in dieser Lebensphase ein Coaching, damit sie die Herausforderungen des täglichen Lebens meistern können. «Der Kanton wird aufgefordert, die Situation nochmals genauer zu evaluieren und Ressourcen für ein flächendeckendes niedrigschwelliges Beratungsangebot zur Verfügung zu stellen», so SP-Kantonsrätin Diana da Femis (Brunnen/Morschach).

### **SP-Fraktion des Schwyzer Kantonsrats**

#### **Kontakt**

*Carmen Muffler, Fraktionspräsidentin, 079 727 17 78, [carmen.muffler@spschwyz.ch](mailto:carmen.muffler@spschwyz.ch)*